

Raju Sharma

Bewerbung für Platz 1 der Landesliste Schleswig-Holstein der Partei DIE LINKE für die Bundestagswahl 2013



Liebe Genossinnen und Genossen,

im September 2009 wurde ich über die schleswig-holsteinische Landesliste der Partei DIE LINKE erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt. Dies möchte ich gern auf Platz 1 der schleswig-holsteinischen Landesliste unserer Partei wiederholen. Ich hätte mich gefreut, wenn ich mich einer Urwahl hätte stellen können. Jetzt, wo das nicht möglich ist, werbe ich um Eure Stimmen auf unserer Vertreterinnen- und Vertreterversammlung.

Zu den Schwerpunkten meiner parlamentarischen Arbeit in der laufenden Wahlperiode gehören die Innen- und Rechtspolitik, die Religionspolitik und die Angelegenheiten der autochthonen Minderheiten (Dänen, Friesen, Sinti und Roma). Mit der Wahl zum – ehrenamtlichen – Bundesschatzmeister

unserer Partei im Mai 2010 habe ich darüber hinaus die Federführung für die Initiativen der Linksfraktion zur Bekämpfung des Lobbyismus und zur Verbesserung der Transparenz in der Parteienfinanzierung übernommen.

Die Bundestagswahl 2013 ist für DIE LINKE eine große Herausforderung. Wir wollen mit unseren Schwerpunktthemen soziale Gerechtigkeit, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, Frieden und Demokratisierung der Gesellschaft ein Ergebnis erreichen, das möglichst nah an das sehr gute Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009 heranreicht. Dabei werden wir auf konkrete Lösungen der Probleme und auf Kooperation in einer breiten gesellschaftlichen Linken setzen. Wir wollen einen anderen Weg gehen – einen wirklichen Richtungs- und Politikwechsel vorbereiten, mit allen, die dazu bereit sind. Dazu möchte ich als Spitzenkandidat der LINKEN in Schleswig-Holstein meinen Beitrag leisten.

Meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE in Schleswig-Holstein stand in den vergangenen dreieinhalb Jahren im wesentlichen auf zwei Säulen: der Arbeit im Wahlkreis und den parlamentarischen Aktivitäten auf Bundesebene.

Basis für meine Arbeit in Schleswig-Holstein waren vor allem die beiden Wahlkreisbüros in Kiel und Eutin. Während sich die – seinerzeit gemeinsam mit dem Landesvorstand und dem Kreisvorstand Ostholstein erarbeiteten – Perspektiven für das Eutiner Wahlkreisbüro trotz intensiver Bemühungen letztlich nicht erfüllt haben, hat sich das Wahlkreisbüro im Kieler Stadtteil Gaarden in kürzester Zeit sehr erfolgreich zu einer Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und für unsere Bündnispartner in den sozialen Bewegungen entwickelt.

In Abstimmung mit dem Landesvorstand und dem Kieler Kreisvorstand hatten wir uns seinerzeit bewusst für einen Standort in einem sozialen Brennpunkt entschieden. DIE LINKE sollte präsent, vor Ort aktiv und für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein. Das große, ebenerdige Büro im Karlstal liegt unübersehbar mitten in Gaarden. Neben dem Abgeordnetenbüro gibt es noch ausreichend Platz für die Kreisgeschäftsstelle der Kieler LINKEN. Dank einiger Umbaumaßnahmen gibt es in der ehemaligen Arztpraxis nun eine Raumaufteilung, die es erlaubt, unabhängig von Wahlkreisbüro und Geschäftsstelle weitere Räume für die Kieler Arbeitslosen-Initiative zu nutzen. Die Beratungstätigkeit der ehemaligen »Aloini-Kiel« wird dort mittlerweile durch den Verein für soziale Gerechtigkeit-Kiel fortgeführt. Bis heute fanden mehr als 1.000 Beratungen durch den Verein im Karlstal statt. Zu den neuesten Entwicklungen gehören: kostenloser Internetzugang an drei extra dafür bereitgestellten PCs,

kostenlose Einführungsschulungen und der Ausbau einer Leih-/Tauschbibliothek. Darüber hinaus hat sich das Sozialfrühstück, in guter Zusammenarbeit mit dem Kieler Kreisverband, als Ort der Begegnung durchsetzen können.

Seit Beginn der Wahlperiode fanden im Kieler Wahlkreisbüro und vor Ort zahlreiche Bürgersprechstunden und Vernetzungstreffen statt:

Mit Religionsgemeinschaften: *Sozialkirche Gaarden, Ahmadiyya-Gemeinde Kiel, Alevitischer Kulturverein Kiel, Arabischer Kulturverein Kiel, Deutsch-Kurdische Gesellschaft (Boninstr.), Islamisches Kulturzentrum e.V. (Karlstal), Jüdische Gemeinde Kiel, Türkisch-Islamischer Kulturverein (Elisabethstr.).*

Mit Arbeitnehmervertretungen: *Betriebsrat des Städtischen Krankenhauses Kiel, HDW-Betriebsrat, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt SH, Ver.di-Senioren.*

Mit weiteren Organisationen und Initiativen: *Flüchtlingsrat SH, Deutscher Mieterbund SH, Paritätischer Wohlfahrtsverband SH, Verein Arbeiterkind, Alzheimer Gesellschaft Kiel, AWO Landesverband Schleswig-Holstein, Verein Väteraufbruch für Kinder, Gebrüder Chaudhry (Filmemacher »Die Kriegstrommel«), Buchhandlung Zapata, Verein HEMPELS und Occupy Kiel.*

Viele der im folgenden aufgeführten Veranstaltungen, die wir später in Kiel und anderswo durchgeführt haben, aber auch manche parlamentarische Initiativen, nahmen ihren Ausgangspunkt in diesen Treffen und Bürgersprechstunden,

Veranstaltungen in Kiel waren zum Beispiel:

- ▶ »Der Staat als Beute« (mit Halina Wawzyniak)
- ▶ »Coming from Membe« (mit Tina Barg)
- ▶ »Gerecht geht anders« (mit Meike Lüdemann und Günter Ernst-Basten)
- ▶ »Neuerungen im Bereich elterlicher Sorge« (mit Jörn Wunderlich)
- ▶ »Vorlesetag 2011«, Fritjof-Nansen-Schule
- ▶ Infomobil des Deutschen Bundestages zur Kieler Woche
- ▶ »Privatsphäre in der digitalisierten Gesellschaft« (mit Halina Wawzyniak und Thilo Weichert)
- ▶ »Berliner Frühstück« (aus der Arbeit im Bundestag)
- ▶ »Frei sein. High sein. – Drogenpolitik in der Diskussion« (mit Frank Tempel und Georg Wurth)
- ▶ »Rot-Rot-Grün – Das Leben ist bunter« (mit Jan Korte)
- ▶ »Podiumsdiskussion Flüchtlinge im Mittelmeer – Was geht uns das an?« im Kieler Landeshaus
- ▶ »Religion und Recht und Freiheit« (Veranstaltungsreihe zur Beschneidungsdebatte)
- ▶ »Vorlesetag 2012«, Gemeinschaftsschule am Brook
- ▶ »Eröffnung der Jochen-Steffen-Bibliothek« (mit Karin Braun, Joachim Balzer und Lothar Strohbehn)

Auch außerhalb Kiels war ich als schleswig-holsteinischer Bundestagsabgeordneter der LINKEN aktiv; u.a.:

- ▶ Bürgersprechstunden (u.a. Eutin »Runder Tisch gegen Faschismus«, Stockelsdorf zu europäischem Rentenrecht, Eutin mit ver.di -Vertretern)
- ▶ »Kahlschlag im Sozialbereich« (u.a. mit Jens Schulz), Ahrensburg
- ▶ »Wir werden kaputt gekürzt« (mit Felicitas Weck), Nortorf
- ▶ »Rettet den Hafen« (mit Ranka Prante), Friedrichskoog
- ▶ »Alternativen zur neoliberalen Politik« (mit Björn Radke), Heide
- ▶ »Ein Jahr im Bundestag: Bürgerinnen und Bürger fragen ihren Abgeordneten«, Eckernförde
- ▶ »Berliner Frühstück« (u.a. in Oldesloe, Eutin, Schleswig, Itzehoe)
- ▶ »Konzert für den Runden Tisch Eutin gegen Faschismus« (Schirmherrschaft und Öffentlichkeitsarbeit)

- ▶ »Wir können sie stoppen!« (Reden zu den Kundgebungen und Teilnahme an den Gegen-Demonstrationen zu den Naziaufmärschen in Lübeck 2010, 2011)
- ▶ Infoveranstaltung mit Mehr Demokratie e.V. zum ESM, Elmshorn
- ▶ Podiumsdiskussion zum Thema Migrantenquote, Malente
- ▶ »Nachgefragt - Diskussion mit Schülerinnen und Schülern«, Theodor-Litt-Schule, Neumünster
- ▶ Eröffnungsrede CSD Fußballturnier gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, Lübeck
- ▶ Impulsrede zur Neujahrstagung 2011 des Bund deutscher Nordschleswiger, Sankelmark
- ▶ Grußwort zur Hauptveranstaltung des großen Jahresfests 2012 (Det Danske Arsmode), Eckernförde
- ▶ Diskussionsabend Demokratie, Eckernförde
- ▶ Netzpolitischer Workshop (Bundestagsfraktion zur linken Netzpolitik, Lübeck)
- ▶ Neujahrsempfang der Linksfraktion im Lübecker Rathaus, Impulsreferat
- ▶ »Freiheit mit sozialer Teilhabe verbinden« (mit Antje Jansen), Stockelsdorf
- ▶ »Religion und Recht und Freiheit« Beschneidungsdebatte (in Flensburg, Lübeck und Elmshorn)
- ▶ Hohes Friedensfest, Augsburg
- ▶ Protestaktion gegen Stuttgart 21, Stuttgart
- ▶ Blockaden und Proteste gegen Naziaufmärsche, beispielsweise in Magdeburg und Hannover
- ▶ Kirchentage in Dresden und München
- ▶ Podiumsdiskussion zum Kirchenarbeitsrecht in Kassel
- ▶ Diskussionsveranstaltungen zur Programmdebatte unter anderem in Berlin, Fürstenwalde und Augsburg
- ▶ Besuch einer Flüchtlingsunterkunft in Nürnberg

Übergabe von Spenden des Fraktionsvereins der LINKEN im Bundestag

- ▶ Lübeck, CSD-Verein
- ▶ Eckernförde, Frauen- und Mädchentreff VIA
- ▶ Nordfriesland, Jugendtreff Treenetal
- ▶ Lübeck, interkulturelle Tanzgruppe Arjin

Schwerpunkte meiner parlamentarischen Aktivitäten im Bundestag waren die Themengebiete Religionspolitik, die Angelegenheiten der autochthonen Minderheiten (Dänen, Friesen, Sinti und Roma) sowie Fragen im Zusammenhang mit Parteienfinanzierung, Transparenz und Korruptionsbekämpfung.

»DIE LINKE verteidigt das Recht aller Menschen auf ein Bekenntnis zu einer Weltanschauung oder Religion. Sie tritt ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten. Laizismus bedeutet für uns die notwendige institutionelle Trennung von Staat und Kirche.«

Als religionspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag arbeite ich daran, diese Zielsetzung des Erfurter Programms mit parlamentarischem Leben zu füllen. In diesem Sinne pflege ich nicht nur den Kontakt zu den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Religionsgemeinschaften, sondern arbeite auch konkret an parlamentarischen Initiativen für eine klare Trennung von Staat und Kirche. So hat DIE LINKE im Bundestag mit dem Antrag **»Grundrechte der Beschäftigten von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen stärken«** die teils prekären Arbeitsverhältnisse von bundesweit über 1,3 Millionen Beschäftigten in Kirchen und kirchlichen Einrichtungen zum Thema gemacht. Für diesen Einsatz zur Stärkung von Arbeitnehmerrechten und mehr betriebliche Mitbestimmung haben wir innerhalb und außerhalb des Parlaments viel Anerkennung erhalten.

Gleiches gilt für die Debatte um **religiös motivierte Beschneidungen**. Hier haben selbst Befürworter des von der Mehrheit der Linksfraktion abgelehnten Regierungsentwurfs die Sensibilität anerkannt, mit der die Verantwortlichen unserer Fraktion dieses gesellschaftlich stark umstrittene Thema diskutiert haben.

Unser Gesetzentwurf zur Ablösung der **Staatsleistungen** an die Kirchen hat bereits vor der Einbringung in den Bundestag für großes öffentliches Interesse gesorgt.

»Der Kapitalismus hat die Grundlagen von Demokratie als Herrschaft des Volkes untergraben. Wahlen werden zur Farce, wenn sich die Gewählten ihre Entscheidungen von Großunternehmen und den Vermögenden diktieren lassen und so der demokratischen Kontrolle entziehen. Deshalb fordern wir, dass Wirtschaftsverbände und Unternehmen nicht an Parteien spenden dürfen und es ihnen verboten wird, Abgeordnete in Landtagen, im Bundestag oder Europaparlament auf ihren Gehaltslisten zu führen. Auch Großspenden von Privatpersonen müssen begrenzt werden, um die Demokratie vor dem Einfluss des großen Geldes zu schützen.«

Die Einflussnahme von Großunternehmen auf die Politik ist eine Gefahr für die Demokratie. Schon Albert Einstein erkannte diese Gefahr, als er im Jahr 1949 feststellte: »Die Folge (von Parteienfinanzierung durch Unternehmen) ist, dass die ›Volksvertreter‹ die Interessen der unterprivilegierten Schicht der Bevölkerung nicht ausreichend schützen».

Für DIE LINKE habe ich in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen auf den Weg gebracht, um für **Transparenz in der Parteienfinanzierung** zu sorgen, **Lobbyismus** zu verhindern und dadurch die **Demokratie** zu stärken. Dabei stehen wir durchaus nicht allein mit unserer Auffassung. So hat beispielsweise die Staatengruppe gegen Korruption des Europarats (GRECO) in einem Bericht Deutschland 20 Änderungen zur Verbesserung der Transparenz der Parteienfinanzierung zur Umsetzung bis zum 30. Juni 2011 empfohlen. Der Bundestag ist diesen Anregungen bis heute nicht gefolgt. Am 16. Dezember 2011 hat nun auch der Bundestagspräsident Dr. Lammert einen fast 200 Seiten starken Bericht mit zahlreichen Handlungsempfehlungen für den Gesetzgeber vorgelegt. Die Linksfraktion hat eine ganze Reihe dieser Empfehlungen aufgegriffen und in einem Antrag unter dem Titel »Demokratie stärken, Lobbyismus verhindern und Parteienfinanzierung transparenter gestalten« zusammengefasst. Darin geht es unter anderem darum, **Parteien-Sponsoring** als verdeckte Spendentätigkeit von Unternehmen ebenso wie alle anderen **Unternehmensspenden** zu verbieten. Darüber hinaus sieht der Antrag eine Deckelung der Spendensumme von 25.000 Euro pro Spender vor. Weiterhin haben wir Anträge in den Bundestag eingebracht, die das Ziel formulieren, endlich einen wirkungsvollen Straftatbestand gegen **Abgeordnetenkorruption** einzuführen.

»Die in Deutschland lebenden Minderheiten - Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben - müssen gleichberechtigt ihre spezifischen Belange und Ansprüche artikulieren und realisieren können. Die Politik hat Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Wahrung und Weiterentwicklung der Identität, Sprache und Kultur der Minderheiten sichern.«

Als Vertreter der LINKEN im Beirat für **Fragen der dänischen Minderheit** und im Beratenden Ausschuss für **Fragen der friesischen Volksgruppe** habe ich meinen Beitrag dazu geleistet, diesen Anspruch aus unserem Parteiprogramm parlamentarisch umzusetzen. Beim Kampf gegen die von der damaligen schwarz-gelben Landesregierung durchgesetzten Kürzungen bei den **Schulen der dänischen Minderheit** stand DIE LINKE von Beginn an klar auf der Seite der Minderheit; auch das langjährige Bemühen der schleswig-holsteinischen **Sinti und Roma** als Minderheit in die Landesverfassung aufgenommen zu werden, haben wir als LINKE stets unterstützt. Meine Forderung, dass der Bund sich nicht nur punktuell, sondern dauerhaft bei der finanziellen Förderung der Minderheiten engagieren und deshalb auch in diesem Punkt das Kooperationsverbot des Grundgesetzes aufgehoben werden muss, wird mittlerweile auch von Vertretern anderer Parteien ernsthaft diskutiert. Bei der Bundestagsdebatte über die Europäische Sprachencharta habe ich darüber hinaus eine Erweiterung des Minderheitenbegriffs gefordert, um auch die Kultur und Sprache »neuer« Minderheiten stärker schützen und fördern zu können.

Neben diesen – von mir federführend betreuten – parlamentarischen Aktivitäten habe ich mich natürlich in vielfältiger Weise innerhalb und außerhalb des Bundestages mit der Linksfraktion für

soziale Gerechtigkeit, für eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, für eine humane Flüchtlingspolitik, für Antifaschismus und vieles mehr eingesetzt. Ganz besonders wichtig war mir dabei eine **Friedenspolitik**, die auf den Einsatz von Waffen und militärische Gewalt vollständig verzichtet. Die klare Positionierung als Friedenspartei war einer der entscheidenden Gründe für mich, der LINKEN beizutreten. In diesem Sinne habe ich im Deutschen Bundestag bei allen **Entscheidungen über Auslandseinsätze der Bundeswehr** mit Nein gestimmt. Ich werde dies auch zukünftig tun.

Über meine Arbeit im Bundestag, im Wahlkreis und darüber hinaus berichten mein Team und ich umfassend und aktuell auf meiner Website www.raju-sharma.de, in meinem seit Juni 2012 monatlichen erscheinenden Newsletter und natürlich auch im direkten Gespräch beispielsweise mit den vielen **Besucherguppen**, die aus Schleswig-Holstein zu Gast in Berlin waren. Insbesondere dieser persönliche Kontakt macht Spaß und motiviert, für die Partei zu streiten.

Darüber hinaus habe ich zahlreiche Gelegenheiten genutzt, im Rahmen von Gastbeiträgen und Interviews sowie einmal monatlich im »**Bericht aus Berlin**« der Eckernförder Zeitung die Position der LINKEN zu aktuellen politischen Fragen darzustellen.

Im November 2012 haben die Kieler Genossinnen und Genossen mich zum Direktkandidaten der LINKEN im Wahlkreis 05 gewählt. Nun bewerbe ich mich um Platz 1 der Landesliste unserer Partei und bitte um Eure Unterstützung.

Solidarische Grüße



Raju Sharma

www.raju-sharma.de

P.S. Noch ein paar persönliche Informationen:

Von 2007 bis 2009 war ich Mitglied und später stv. Vorsitzender der Bundesfinanzrevisionskommission. Im Frühjahr 2009 war ich OB-Kandidat der LINKEN in Kiel. Seit 2009 bin ich Mitglied unserer Bundestagsfraktion und seit 2010 ihr religionspolitischer Sprecher. Seit Mai 2010 bin ich Bundesschatzmeister der Partei DIE LINKE.

Meine politischen Wurzeln liegen in der Friedensbewegung der 1970er und 80er Jahre. Ich war Mitglied der SDAJ, der DKP und des MSB. Von 1992 bis 2005 war ich Mitglied der SPD. 2005 bin ich in die Linkspartei.PDS eingetreten und war von 2006 bis 2007 Vorsitzender der Landesfinanzrevisionskommission und Sprecher der Linkspartei.PDS in der Steuerungsgruppe von Linkspartei und WASG in Schleswig-Holstein im Rahmen des Parteibildungsprozesses.

Nach einem Studium in Hamburg und Bombay war ich als Rechtsanwalt tätig. Ab 1990 arbeitete ich im schleswig-holsteinischen Landesdienst u.a. als Leiter des Ministerbüros und Europareferent im Sozialministerium, als Prüfgruppenleiter beim Landesrechnungshof und als Referatsleiter in der Staatskanzlei. Von 2003 bis 2005 baute ich als Geschäftsführer der DFB Kulturstiftung das Kulturprogramm zur Fußball-WM 2006 auf. 2006 war ich Kurzzeitexperte eines EU-Projekts zum Aufbau der öffentlichen Finanzkontrolle in Bulgarien.

Im Landesdienst engagierte ich mich im Personalrat – u.a. als Personalratsvorsitzender, stv. Vorsitzender des Hauptpersonalrats und der AG der Hauptpersonalräte bei den obersten Landesbehörden.